



06. Juli 2017, 22:02 Uhr

Das Problem mit den Ausgaben

In Hessen wird gerechnet. Vor allem in den Rathäusern. Viele Kommunen sind verschuldet, haben sich zu viele Kredite aufgeladen. Um hier für Entlastung zu sorgen, hatte das Land Hessen vor fünf Jahren einen kommunalen Schutzschirm »aufgespannt«. Damit konnten sich viele überschuldete Kommunen wieder Luft verschaffen. Aber dann haben manche, salopp gesagt, auch noch das Konto überzogen. Jetzt greift das Land wieder ein.



Von Burkhard Bräuning



Prof. Dr. Wolfgang Scherf sagt: Die Kommunen müssen endlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. (Foto: Uni Gießen)

Das Problem mit dem »Dispo« kennen auch viele Bürger. Was aber hier wie da nur eine Möglichkeit sein sollte, sich kurzfristig wieder »flüssig« zu machen, wurde in vielen Kommunen ein Dauerzustand. Oft wurde immer noch ein bisschen draufgesattelt. So kam es, wie es kommen musste: Vielen Bürgermeistern steht das Wasser bis zum Hals. Das Land Hessen startete nun die Aktion »raus dem Dispo«: Mit der neu geschaffenen Hessenkasse will Wiesbaden finanzschwachen Kommunen bei ihrem Weg aus den Schulden helfen. Kaum lag am Dienstag der Plan auf den Tisch, folgte der übliche Streit der Parteien. Wir haben deshalb einen Experten befragt: Prof. Dr. Wolfgang Scherf. Er ist Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Öffentliche Finanzen an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Herr Prof. Scherf, was unterscheidet die »Hessenkasse« vom kommunalen Rettungsschirm?

Prof. Dr. Wolfgang Scherf: Der Schutzschirm soll die Kommunen bei den zum Teil sehr hohen Kreditmarktschulden entlasten. Das sind Anleihen und Darlehen mit meist längeren Laufzeiten und fest vereinbarten Zinssätzen. Bei der Hessenkasse geht es um die sogenannten Kassenkredite. Das klingt ähnlich, ist aber etwas anderes. Die Kassenkredite sind mit den Überziehungs- beziehungsweise Dispo-Krediten der privaten Bankkunden vergleichbar. Da bei einer Gemeinde im Haushaltsjahr die Einnahmen und Ausgaben nicht synchron verlaufen, benötigen sie die Möglichkeit, sich kurzfristig bei den Banken zu bedienen. Viele Kommunen haben diese Kassenkredite aber dauerhaft als Ersatz für normale Kredite genommen. Sie haben die Kassenkredite überstrapaziert und sitzen nun auf gewaltigen Schuldenbergen. Hier will das Land mit der Hessenkasse für Entlastung sorgen.

Wie kam es denn dazu, dass die hessischen Kommunen sich überhaupt so sehr verschulden durften? Es gibt doch die Kommunalaufsicht ...

Prof. Scherf: Man hat es in Hessen zu lange geduldet. Die Situation der hessischen Kommunen ist eigentlich gut. Aber sie haben offenbar ein Ausgabenproblem, das gelöst werden muss. Das ist in anderen Bundesländern – zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – übrigens ähnlich. Abhilfe kann nur eine striktere Genehmigungspraxis schaffen. Die Kommunen sollten zur schnellen Rückzahlung der Kassenkredite verpflichtet werden. Auf dem Weg dahin kann die Hessenkasse helfen.

Werden die sparsamen Kommunen damit für ihre solide Haushaltsführung bestraft?

Prof. Scherf: Ja, das kann man so sagen. Jedenfalls beteiligt sich das Land hier an der Bewältigung der Sünden der Vergangenheit. Für die, die Schulden angehäuft haben, ist das gut, für die anderen weniger. Aber sie werden wohl auch etwas Unterstützung bekommen. Dazu gibt es ein Investitionsprogramm für finanzschwache Kommunen, die nicht im Dispo sind.

Wie kann man denn hier für die Zukunft einen Riegel vorschieben?

Prof. Scherf: Die Idee ist ja, den Kommunen zu helfen, die überhöhten Kassenkredite loszuwerden. Die Kommunen müssen nur noch rund ein Drittel des Betrags aufbringen, den sie selbst an Tilgung und Zinsen gezahlt hätten. Den Rest übernimmt das Land. Und es gibt günstigere Zinssätze. Die Kommunen können also besser kalkulieren. Sie müssen aber jetzt endlich ihre Fehler aus der Vergangenheit deutlich korrigieren. Ihre Haushalte sind genehmigungspflichtig. Die Kommunalaufsicht hat es also in den Händen, dafür zu sorgen, dass so etwas nicht mehr passiert.